

## **Junge Gruppe: Aufbruch statt Stillstand – Unsere Erwartungen an die Koalitionsverhandlungen**

Der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehören in dieser Wahlperiode 18 Abgeordnete an. Wir sind die Stimme der jungen Generation und werden die Perspektiven junger Menschen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertreten.

Wir haben in der Vergangenheit zu oft erlebt, dass sich Regierungskonstellationen vor strukturellen Reformen gedrückt haben. Ergebnis: Stillstand - Rentengeschenke statt Generationengerechtigkeit, Schulden statt solider Finanzpolitik und staatliche Bevormundung statt unternehmerischer Freiheit. Zu oft wurden Zumutungen einseitig auf die Schultern der jungen Generation abgewälzt. Bereits jetzt trägt sie eine überproportionale Last, sei es in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, bei der Tilgung unserer Staatsschulden oder in der Verteidigungspolitik.

Es darf jetzt kein Weiter-So geben. Von den Koalitionsverhandlungen muss ein klares Signal an die junge Generation und für die Zukunft unseres Landes ausgehen. Eine künftige Koalition kann nur unter folgenden Voraussetzungen erfolgreich sein:

1. **Generationengerechte Rentenpolitik:** Eine Reform der Rente ist längst überfällig. Die Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors wäre ein nicht zustimmungsfähiger Fehler. Sie war beim von der Ampel-Regierung geplanten „Rentenpaket II“ falsch und bleibt es bis heute. Als Signal an die junge Generation ist eine „Frühstart-Rente“ zu entwickeln. In dieser Legislatur müssen wir uns auf eine grundlegende Reform der Rente einigen. Eine solche muss die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung enthalten.
2. **Stabile Sozialabgaben:** Sozialabgaben dürfen nicht weiter steigen. Sie liegen schon heute bei über 42 Prozent. Das ist leistungs- und wettbewerbsfeindlich, sozial ungerecht und verhindert Aufschwung. Es braucht strukturelle Reformen auch auf der Leistungsseite. Leistungen müssen zielgenauer auf die tatsächlichen Bedarfe ausgerichtet werden. Die Zustimmung zu einer wie auch immer gearteten Kommission zur Reform der Schuldenbremse ist für uns an die Einsetzung einer Kommission zur Reform der Sozialversicherungen geknüpft.
3. **Langfristige Investitionen:** Für konzeptloses Schulden-Machen stehen wir nicht zur Verfügung. Im Hinblick auf das Sondervermögen erwarten wir eine klare Zweckbindung für zusätzliche und langfristig wirkende Infrastruktur-Maßnahmen und einen verbindlichen Tilgungsplan. Investitionen können aus dem Sondervermögen nur dann erfolgen, wenn die Abschreibungszeit in etwa der Tilgungszeit der Kredite entspricht. Im Bundeshaushalt selbst muss das bisherige Investitionsniveau mindestens gehalten werden. Der Infrastrukturbegriff ist eng auszulegen, statt damit iPads und weitere als „soziale Infrastruktur“ getarnte

Konsumausgaben zu finanzieren. Das ist für uns zwingend im Errichtungsgesetz des Sondervermögens zu berücksichtigen.

4. **Verteidigungsfähigkeit:** Geld allein wird nicht reichen. Wenn wir verteidigungsfähig werden wollen, braucht es Personal. Ein Koalitionsvertrag muss die Einführung einer Wehrpflicht vorsehen. Verteidigung ist Kernaufgabe des Staates. Deshalb muss die Finanzierung perspektivisch ohne Kreditaufnahme möglich sein. Um die Finanzierung unserer Verteidigung gesamtgesellschaftlich zu verankern und generationengerecht auszugestalten, prüfen wir die Einführung eines Verteidigungs-Solis.
5. **Strukturreformen:** Wir brauchen eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik. Ohne Kostenwende kein Politikwechsel. Von der Arbeitsmarkt-, über die Energiepolitik bis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähiger werden. Wir müssen unseren Unternehmen die Freiheit geben, zu forschen und die Erkenntnisse wirtschaftlich nutzbar zu machen. Wir erwarten von allen Bereichen Vorschläge für substanzielle Ausgaben- und Subventionskürzungen. Wir müssen auch bei uns selbst sparen. Deswegen müssen die im Wahlkampf gemachten Versprechen gelten. In der Ministerial- und der Bundestagsverwaltung wollen wir 15% der Stellen einsparen und die exorbitant gestiegene Zahl der Beauftragten mindestens halbieren. Ebenso wollen wir die Zahl der aktuell 950 Bundesbehörden deutlich reduzieren. Die Wurzel unserer Investitionsfeindlichkeit ist ein zu kompliziertes Planungs- und Vergaberecht, das grundlegend vereinfacht werden muss.

Diese Punkte sind keine bloßen Wunschlisten – sie sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Koalition. Eine Politik, die einseitig das ‚Morgen‘ belastet, um notwendigen Weichenstellungen in der Gegenwart ausweichen zu können, wäre falsch. Diese Koalition ist die letzte Chance, Deutschland fit für die kommenden Jahrzehnte zu machen. Wir müssen sie nutzen.